


**DR. MARKUS SÖDER, MdB**

Die große Koalition hat im vergangenen Jahr in der Sozialpolitik vor allem über Gerechtigkeitslücken diskutiert. Jetzt kommt es darauf an, endlich die Leistungsgerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei spielt die Steuerpolitik eine entscheidende Rolle. Wesentliche Punkte sind hier derzeit die anstehende Reform der Erbschaftsteuer, die dauerhafte Beseitigung der kalten Progression und die steuerliche Förderung von Innovationen.

#### Maßvolle Reform der Erbschaftsteuer

Bei der Reform der Erbschaftsteuer geht es um Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Wir wollen deshalb auch weiterhin für Familienunternehmen eine erbschaftsteuerfreie Übertragung von Unternehmensvermögen auf die nachfolgende Generation ermöglichen.

Unternehmertum ist die Basis für eine gesunde Volkswirtschaft und den Wohlstand

## Aktuelle Fragen der Steuerpolitik Steuerpolitischen Stillstand beenden

jedes Einzelnen. Mittelständische Unternehmen – in ihrer großen Mehrzahl familiengeprägt – sind in Deutschland Innovationsmotor und Arbeitsplatzgarant. Von den gut 63.000 Unternehmen in Bayern, deren Umsätze über einer Million Euro jährlich liegen, sind 87 Prozent eigentümergeführte Familienunternehmen. Familienunternehmen haben nicht in erster Linie den kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg im Blick, sondern sie richten ihre Unternehmensstrategie langfristig aus. Sie sind standorttreu und arbeitnehmertreu. Dies sorgt für Stabilität und wirtschaftliche Sicherheit. Bis 2018 stehen in Bayern jährlich rd. 4.800 Unternehmensübergaben an. Die neuen Betriebsübernehmer brauchen verlässliche und faire Rahmenbedingungen. Die Erbschaftsteuer darf nicht zur Hypothek werden, die dem unternehmerischen Fortschritt schadet.

Bayern will eine faire Erbschaftsteuer. Bei der Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts geht es nicht um die Verschonung von Erben, sondern um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Auch künftig soll ererbtes Privatvermögen der Erbschaftsteuer unterliegen. Es geht jedenfalls nicht um eine Steuervergünstigung für Segelboote an der Cote d'Azur. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich eine Verschonungsregel auch für größere Betriebsvermögen gebilligt, wenn damit Arbeitsplätze erhalten werden. Das Gericht fordert nur konkretere Detailprüfungen. Unser Ziel, dass Mittelstand und Familienunternehmen von der Steuer zum Erhalt von Arbeitsplätzen im Regelfall geschont werden, muss deshalb

nicht aufgegeben werden. Es ist zwar zu begrüßen, dass das Bundesfinanzministerium in seinem aktuell vorgelegten Entwurf die Kritikpunkte zum Teil aufgreift. Aber es sind bislang nur zaghafte Schritte in die richtige Richtung. Die vorgelegten Überarbeitungen reichen bei weitem noch nicht. Insbesondere das Kernproblem besteht weiter: Der Gesetzentwurf sieht unverändert einen Eingriff in das Privatvermögen vor. Das ist eine indirekte Vermögensteuer. Wer fleißig war, wird bestraft. Wir haben im Koalitionsvertrag glasklar vereinbart, dass wir keine Steuererhöhungen wollen. Im Karlsruher Urteil gibt es keine Vorgaben zum Eingriff in das Privatvermögen. Der nun vorgelegte Entwurf des Bundesfinanzministeriums würde dazu führen, dass große Familienunternehmen ins Ausland gehen oder in große Kapitalgesellschaften umgewandelt werden. Damit gehen Standorttreue und Arbeitsplätze verloren. Das kann auf keinem Fall im Interesse von CDU und CSU sein. Hier muss im Gesetzentwurf der Bundesregierung deutlich nachgesteuert werden.

Es muss uns klar sein: eine maßvolle Erbschaftsteuerreform wird zum Lackmустest für die wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit der Union insgesamt. Es geht hier um das Wirtschaftsprofil der Union. Wir brauchen in dieser Frage wirtschaftspolitische Vernunft.

#### Kalte Progression dauerhaft beseitigen

Nach Rente mit 63 und Mindestlohn dürfen wir nun keinesfalls die Leistungsträger unserer Gesellschaft aus den Augen >> Seite 2



## Bayerischer Wirtschaftstag 2015

am 27. Juli 2015, 15.00 Uhr, Fürth (Stadthalle)

„Wirtschaft 4.0 – den digitalen Wandel offensiv gestalten“

weiter von Seite 1 >> verlieren. Und das bedeutet: Wer hart arbeitet und etwas leistet, muss von seinem Verdienst wieder mehr behalten können. Im Bund und in den Ländern gibt es wegen der guten Konjunktur und geringer Arbeitslosenzahlen steigende Steuereinnahmen. Finanzielle Spielräume für Steuerentlastungen sind also vorhanden. Wir dürfen Steuerentlastungen deshalb nicht länger auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben.

Es ist zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung für das nächste Jahr auf eine finanzielle Entlastung der Bürger bei der kalten Progression geeinigt hat. Aus bayerischer Sicht ist das ein wichtiger erster Schritt, dem jedoch weitere folgen müssen. Die kalte Progression muss gesenkt werden – und zwar dauerhaft. Aus unserer Sicht sollte die Bundesregierung künftig alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen, in dem ein exakter Betrag steht, wie viel die kalte Progression zuletzt gekostet hat. Dieser Betrag sollte dann erstattet werden. Das Argument, es gebe wegen der niedrigen Inflationsrate derzeit kaum Probleme mit der kalten Progression, stimmt nicht. Wenn es wirklich so wenig kostet, dann lässt sich das Gesetz ja besonders leicht umsetzen. Außerdem soll es ja mit den niedrigen Inflationsraten rasch wieder vorbei sein. Schließlich zielt die gesamte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank derzeit darauf ab, die Inflation zu erhöhen. Die jüngsten Inflationszahlen zeigen, dass sie mit dieser Strategie auch Erfolg hat.

Die kalte Progression ist deshalb ein Dauerproblem, das dauerhaft gelöst werden muss. Bayern will finanzielle Freiräume für die unteren und mittleren Einkommensgruppen

erhalten. Hier müssen sich der Bund und die anderen Länder bewegen.

### Steuerliche Förderung von Innovationen

Damit Deutschland als Hochtechnologiestandort auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt, muss die Politik optimale Rahmenbedingungen schaffen. Insbesondere müssen wir deutlich stärker als bisher Innovationen der deutschen Wirtschaft fördern. Gerade junge, innovative Unternehmen leisten wichtige Beiträge zur Steigerung von Produktivität und Wirtschaftswachstum. Und sie sorgen für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Notwendig ist daher ein Steuerrecht, das die Entwicklung dieser Unternehmen unterstützt.

Kernproblem junger, innovativer Unternehmen ist sehr häufig die Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung in den Frühphasen aber auch in der anschließenden Wachstumsphase. Es ist aber grundsätzlich weltweit viel privates Kapital vorhanden, das Möglichkeiten für Investitionen sucht. Wir müssen nun Anreize finden, dass dieses viele Geld endlich in unsere deutschen Unternehmen investiert wird. Und die wirksamsten Anreize gehen über die Steuer. Hier wird deutlich: Steuerpolitik ist auch Standortpolitik.

Wir brauchen deshalb eine Venture-Capital-Offensive. Staatliche Investitionen reichen hier nicht. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass kleine innovative Unternehmen genügend Geldgeber finden. Jemand, der Wagniskapital gibt, muss dieses Geld steuerlich geltend machen können. Wenn er mit Verlust aus dem Betrieb wieder aussteigt, dann soll er die Steuerersparnis auch be-

halten können. Wenn die Firma umgekehrt irgendwann an die Börse geht, und der Investor einen ordentlichen Gewinn macht, soll er den mit den Verlusten zu Beginn verrechnen können. Der Gewinn soll nicht von der Steuer aufgefressen werden. In diesem Bereich können wir viel von Amerika lernen. Dort funktioniert das System privater Investitionen hervorragend.

Ergänzend müssen wir eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung schaffen. Damit unterstützen wir innovative Unternehmen und geben ihnen einen größeren finanziellen Spielraum zur Weiterentwicklung ihrer Produkte. Mit dem „High-tech-Bonus“ hat Bayern bereits einen konkreten Vorschlag vorgelegt. Danach würde kleinen und mittleren Unternehmen eine Steuergutschrift von 10 Prozent auf ihre FuE-Personalkosten gewährt. Der „High-tech-Bonus“ würde wichtige Impulse zur Stärkung von Forschung und Entwicklung in mittelständischen Unternehmen leisten.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Es muss Schluss sein mit dem steuerpolitischen Stillstand in Deutschland. Und uns muss klar sein, es geht in diesem Zusammenhang auch um das Profil von CDU und CSU. Die Union muss rasch wieder zu einem festen steuerpolitischen Koordinatensystem finden.



**DR. MARKUS SÖDER, MdL**  
Bayerischer Staatsminister der Finanzen,  
für Landesentwicklung und Heimat

## Impressum

**Herausgeber:** Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, [www.wbu.de](http://www.wbu.de), **Vi.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 09.06.2015  
**Gesamtproduktion, Anzeigen:** ddmedia | weltbuch verlag, [www.ddmedia.info](http://www.ddmedia.info), [mail@ddmedia.info](mailto:mail@ddmedia.info)



## Wählen Sie den direkten Dialog

Schreien Sie Ihre Botschaft nicht in die Welt hinaus. Sprechen Sie Ihre Zielgruppe direkt an – mit personalisierten Mailings, die mehr Response bringen.

**Wir machen das für Sie:**

**E-Mail:** [dialog@ts-gmbh.de](mailto:dialog@ts-gmbh.de)  
**Telefon:** 089 54746-333

**Ihr Direktmarketing-Profi**  
seit über 35 Jahren.  
[www.ts-gmbh.de](http://www.ts-gmbh.de)

**TS** DialogmedienCenter  
T+S Text und Satz Verarbeitungs-GmbH

# Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

das aus bayerischer Sicht größte politische Ereignis des Jahres ist Geschichte – der G7 Gipfel am 7./8. Juni auf Schloss Elmau im Werdenfelser Land. Bayern und seine Bevölkerung haben sich dabei als Gastgeber mit Ministerpräsident Horst Seehofer an der Spitze von ihrer besten Seite gezeigt. Weißblauer Himmel und strahlende Sonne beim Gipfelauftritt, die Staatschefs vor prächtiger Gebirgskulisse, ein gut gelaunter US-Präsident Obama, der sich mit Weißwürsten und (alkoholfreiem) Weißbier in Krün stärkt: Mehr und bessere globale Sympathiewerbung für unser Land ist kaum vorstellbar. Die Bilder, die um die Welt gegangen sind, werden den Tourismus und das internationale Kongresswesen weit über den Tag hinaus beflügeln. Sie tragen dazu bei, den Standort Bayern insgesamt zu stärken. Und sie werden helfen, die Spitzenkräfte im internationalen Wettbewerb um die Besten anzuwerben, die wir brauchen, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten. Davon bin ich fest überzeugt.

Die Gegendemonstrationen konnten in friedlichen Bahnen gehalten werden. Schwere Krawalle, die den Gipfel wie andere Großereignisse dieser Art hätten überschatten können, gab es nicht. Die Organisation hat dank langer und präziser Vorbereitung wie am Schnürchen geklappt. Der Freistaat ist seinem Ruf, das sicherste Land in Deutschland und eines der sichersten der Welt zu sein, wieder einmal vollauf gerecht geworden. Ein Kompliment an alle Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, die hervorragende Arbeit geleistet haben. Sie haben für ganz Deutschland Ehre eingelegt und das internationale Lob nach dem Gipfel vollauf verdient

Natürlich kostet die Ausrichtung eines solchen Mammuttreffens nicht wenig Geld. Beim ersten Gipfel 1975 in Rambouillet/Frankreich in der damaligen Ölpreis- und Wirtschaftskrise war das noch anders. Er fand in deutlich kleinerem Rahmen statt. Wir sollten nicht nur, sondern wir müssen uns diese geopolitische Investition freilich leisten. Die G7-Gipfel sind das einzige Gremium, in dessen Rahmen die großen westlichen Demokratien Europas, Nordamerikas und Asiens seit vier Jahrzehnten vertrauensvoll zusammenarbeiten. Diese freiheitlichen Staaten bringen es noch immer auf die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung. Sie vertreten wie keine andere der größeren Mächte über ihre nationalen Interessen hinaus universelle Werte und Anliegen der gesamten Menschheit. Ablesbar auch an der Tagesordnung des diesjährigen Gipfels, die von der Klimapolitik, einer besseren Bekämpfung von Pandemien und dem wirksameren Schutz der Meere über die Flüchtlingsproblematik bis hin zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten und in der Ukraine reichte.

Es ist in Elmau auch nicht bei einem unverbindlichen Palaver geblieben, wie manche im Vorfeld schon kritisiert haben. Das 21

Seiten starke Gipfeldokument, das die G7 in 14 stündiger Arbeit beschlossen haben, hat vielmehr in einer ganzen Reihe von Punkten Substanz. Das gilt allen voran für die Klimaabmachungen. Erstmals haben sich die sieben Industriestaaten zu einer vollständigen „Dekarbonisierung“ der Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts bekannt und erklärt, auf dem Weg zu einer klimaneutralen Weltwirtschaft vorangehen zu wollen. Der Gipfel war deshalb auch ein Erfolg für Bundeskanzlerin Merkel, die sich in besonderer Weise dafür stark gemacht hat.

Wozu sollte also der Schlachtruf „Stop G7 Elmau“ gut sein, unter dem sich die Gegendemonstranten versammelt hatten? Wo ist die Alternative? Welches Gremium sonst wäre fähig und willens, jenseits von Eigeninteressen weltweit für Frieden in Freiheit einzutreten, Klima und Umwelt zu schützen und den globalen Wohlstand zu mehren? Ich vermag jedenfalls nicht zu sehen, was gewonnen wäre, wenn die G7 ihre Vertrauen schaffende und sichernde Zusammenarbeit nach vier Jahrzehnten beenden würden und es künftig keine Gipfel mehr gäbe.

Nebenbei bemerkt zu den hohen Kosten, die die G7-Treffen mittlerweile verursachen. Sie fallen zu einem wesentlichen Teil für die enormen Sicherheitsvorkehrungen an, die inzwischen gegen drohende Gewaltexzesse und Störungen des Gipfels getroffen werden müssen. Die radikalen Gipfel-Kritiker können selbst für massive Kostensenkungen sorgen: Die sieben Staats- und Regierungschefs einfach in Ruhe und Würde tagen lassen. Es sind schließlich keine Diktatoren, sondern demokratisch gewählte Vertreter der westlichen Welt.

Herzlichst  
Ihr **Jürgen Hofmann**



**Kaffeemaschinen  
Kaffeautomaten  
Snackautomaten  
Getränkeautomaten  
Fotoautomaten**



**zoells.de** GmbH  
**rund um die Uhr**



**Kapell-Leite 2  
90579 Langenzenn  
Tel. 09101/909390**



# TTIP – Zukunft gemeinsam aktiv gestalten



PETER DRIESSEN

**TTIP, die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft soll die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA auf eine neue rechtliche Grundlage stellen. Diese Chance muss genutzt werden, um gemeinsam das wirtschaftliche Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den USA für die Zukunft zu gestalten. Von einem guten Freihandelsabkommen profitieren Wirtschaft und Gesellschaft.**

Fragen der internationalen Handels- und Investitionspolitik spielten bis vor kurzem in der öffentlichen Diskussion eine nur untergeordnete Rolle. Weder das Freihandelsabkommen der Europäischen Kommission mit Chile noch das Freihandelsabkommen mit Südkorea zum Beispiel haben zu einer intensiveren Auseinandersetzung der Mehrheit der Bevölkerung mit dem Thema geführt. Erst die Verhandlungen zu TTIP haben das Thema in den Fokus gerückt.

In einem exportorientierten Land wie Bayern ist es zu begrüßen, dass Grundsatzfragen zur Handels- und Investitionspolitik offen diskutiert werden. Allerdings sollte dies nicht mit einer emotionalen Grundsatzdiskussion über die USA vermengt werden. Zugegeben, Diskussionen leben vom Austausch unterschiedlicher Ansichten und Standpunkte. Diese können auch leidenschaftlich verfochten werden. Um jedoch am Ende ein für alle tragfähiges Ergebnis zu erzielen, ist eine sachliche, auf Fakten beruhende Diskussion erforderlich. Wenig hilfreich ist eine rein emotional geführte Debatte, wie sie derzeit im Rahmen von TTIP abläuft. In diesem Fall ist es schwierig, die scharfe emotionale Kritik zu entkräften oder gar inhaltliche Kompromisslinien aufzuzeigen.

**USA: Wichtigster Auslandsmarkt für Bayern**  
Unzweifelhaft fest steht die Bedeutung der USA für die bayerische Wirtschaft. Im Jahr

2014 waren die USA für Bayern der wichtigste Exportmarkt und auch bei den Importen belegten die USA einen der vorderen Plätze. Dennoch erreichen uns immer wieder Klagen von Mitgliedsunternehmen über Handelshemmnisse und –erschwernisse im US-Geschäft. Diese gilt es, im Interesse der bayerischen Wirtschaft, zu beseitigen. Die Grundsatzfrage, ob eine Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA an sich für die bayerische Wirtschaft positiv und daher zu begrüßen ist, beantworten die bayerischen IHKs daher mit ja! Wichtig ist jedoch, dass es sich um ein „gutes“ Abkommen handelt. Entscheidend hierfür sind seine Inhalte. Diese werden am Ende auch über Erfolg oder Misserfolg, Zustimmung oder Ablehnung entscheiden.

**Das Mandat der Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission stellt klar, was verhandelt wird und was nicht**

Der Rahmen für die Inhalte des Abkommens ist durch das Mandat der Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission gesteckt. Dieses Mandat steht zum Abruf im Internet bereit. Der Freihandelsgedanke, der in diesem Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission zum Ausdruck kommt, deckt sich grundsätzlich auch mit den wirtschafts- und europapolitischen Positionen der IHK. Dieser Freihandelsgedanke sollte auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass für ein rohstoffarmes Land wie Bayern der Handel von besonderer Relevanz ist. Denn nur durch die Einfuhr von Rohstoffen und die gleichzeitige Ausfuhr der Endprodukte lässt sich der wirtschaftliche Wohlstand Bayerns auf Dauer sichern. Eine Abschottung der Märkte wird Bayern langfristig schaden. Dies gilt insbesondere auch gegenüber den USA.

**Verhandlungen müssen transparent verlaufen**

Daher ist für uns umso wichtiger, sich bei der inhaltlichen Ausgestaltung von TTIP einzubringen. Transparente Verhandlungen sind hierfür die Voraussetzung. Dies bedeutet nicht die Schaffung einer allumfassenden Transparenz. Eine solche ist schwer vorstellbar, denn Vertragsverhandlungen, egal welcher Art, implizieren auch eine gewisse Diskretion, um die Grenzen der eigenen Position beim Gegenüber auszuloten, Kompromisse zu finden und offen über einzelne unterschiedliche Ansichten sprechen zu können. Wichtig ist, die grundsätzlichen Ziele und die Ergebnisse bekannt zu machen. Nur so können hierzu eine Meinungsbildung und ein konstruktives Feedback erfolgen. Dieser

Forderung ist die Europäische Kommission durch ihre Transparenzinitiative nachgekommen. Neben dem Verhandlungsmandat finden sich auf ihrer Homepage Textvorschläge zu einzelnen TTIP-Kapiteln sowie Prioritäten und Ziele der Kommission. Zudem werden Meldungen zu den einzelnen Verhandlungsrunden veröffentlicht.

**Eine aktive Mitwirkung ist wichtig**

Die Informationsbereitstellung durch die Kommission ist nicht nur als ein wohlwollendes Entgegenkommen zu betrachten. Nein, vielmehr besteht auch eine Pflicht unsererseits, eine Pflicht der Unternehmen und Bürger, sich mit diesen Informationen auseinanderzusetzen. Nur so ist eine qualitative, sachliche Mitgestaltung möglich. Wie ein Artikel der FAZ vom 16.04. mit dem Titel: „Kaum jemand liest die TTIP-Dokumente“ zeigt, sind die Aufrufe der Dokumente leider ernüchternd. Daher meinerseits nochmal der Aufruf an alle: Nutzen Sie zur Meinungsbildung die Möglichkeiten, sich aus erster Hand zu informieren!

Weitere Informationen zu TTIP stellt zudem auch das Bundeswirtschaftsministerium bereit. Das Bayerische Wirtschaftsministerium führt zusammen mit den bayerischen IHKs und den bayerischen Handwerkskammern eine TTIP-Roadshow durch, um über TTIP zu informieren und eine Diskussionsplattform zu TTIP zur Verfügung zu stellen.

Diese Informationen sollten Grundlage sein für die sachliche Bewertung der Vorteile und Inhalte von TTIP. Denn die zukünftige transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft soll die Grundlage bilden für das zukünftige wirtschaftliche Verhältnis zu den USA, einem der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt. Notwendig ist hierzu nicht nur ein umfassendes Abkommen, sondern auch ein Abkommen, das einen tatsächlichen Mehrwert für die zukünftige Entwicklung zwischen der USA und der Europäischen Union enthält. Alle Beteiligte, auch die Wirtschaft, sind aufgerufen, sich konstruktiv an der Ausarbeitung zu beteiligen. Gerade wegen der geopolitischen Bedeutung müssen wir diese Herausforderung annehmen. Nur so lässt sich unsere Beziehung zu den USA positiv fortentwickeln, zum Nutzen aller sowohl unter wirtschaftlichen als auch gesellschaftlichen Gesichtspunkten.

**PETER DRIESSEN**  
**Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern**

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

## 11. Mai – Ausschuss für Mittelstandspolitik

Die Begeisterung über die Mittelstandspolitik der großen Koalition hält sich bislang in Grenzen. Ausschussvorsitzender Alexander Lerch ließ daran bei der Einführung in den Abend keinen Zweifel und warf die Frage auf, was die mittelständische Wirtschaft in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode noch erwarten könne. Dr. Carsten Linnemann, MdB, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, war von Berlin nach München gekommen und stellte sich der Diskussion. Der allgemeine Eindruck: Kompetenz verbindet sich in seiner Person mit Eloquenz. Die Anliegen der mittelständischen Wirtschaft sind bei ihm gut aufgehoben.



Foto (GG) v.l.n.r.: Alexander Lerch, Dr. Carsten Linnemann, Dr. Otto Wiesheu, Dr. Jürgen Hofmann

## 13. Mai – Bezirk Weiden

Nach dem erfolgreichen Start 2014 mit Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner fand in Weiden der 2. Nordoberpfälzer Wirtschaftstag statt – gemeinschaftlich organisiert von den regionalen Wirtschaftsorganisationen. Es ging um „Wirtschaft und Bildung in der Nordoberpfalz“. Wirtschaftsbeiratspräsident Dr. Otto Wiesheu, MdB Albert Rupprecht, Handwerkskammerpräsident Dr. Georg Haber und Prof. Dr. Wolfgang Renner von der OTH Amberg-Weiden beleuchteten das Leitthema von verschiede-

nen Seiten. Alle Redner waren sich einig: eine erstklassige schulische, berufliche und akademische Bildung ist auch für die nördliche Oberpfalz und Zukunftsfähigkeit ihrer Wirtschaft von entscheidender Bedeutung.



Foto: Bildmitte Dr. Otto Wiesheu, 2. v. r. Helmut Hör, Vorsitzender des Bezirks Weiden

## 18. Mai – Arbeitskreis Unternehmenssicherheit

Michael George zu Gast im Arbeitskreis Unternehmenssicherheit von Philipp Pollems. Der Leiter des Cyber-Allianz-Zentrums des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, informierte in seinem Vortrag über das Pro und Contra des Cloud Computing. Welche Daten können kleine und mittlere Unternehmen in der „Wolke“ abspeichern und welche sollten sie besser nicht der Cloud anvertrauen? Er ging in diesem Zusammenhang auch auf die Frage ein, was Unternehmen beachten sollten, wenn sie sich für die Auslagerung ihrer Daten entscheiden.



Foto (GG) v.l.n.r.: Philipp Pollems, Michael George, Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann

## Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Steffen Schäfer, SG Logistik GmbH, München
- Weindl Bau GmbH, Dipl.-Ing. (FH) Ingrid Weindl, Arnschwang
- Viktoria Frense, München
- Ralf Pietig Unternehmensberatung, Ralf Pietig, Wolfratshausen
- Bright Capital Corporate Finance GmbH, Karsten Batran, München
- Katharina Behrends, NBC Universal Global, Networks Deutschland GmbH, München
- pro aurum Edelmetallhandel, Jürgen Birner, München
- BAVARIA-International Health Association, Dr. med. Robert Gerl, München
- Anne-Marie Dejonghe, München

## Anzeigen im KOMPASS bringen Kontakte!

Die Mediadaten (PDF-Dokument) für Ihre Anzeigenschaltung/en laden Sie einfach im Internet herunter. Geben Sie:

<https://db.tt/NQF3siON>

in Ihren Browser ein und starten Sie den Download!



Wir gestalten und produzieren Broschüren, Kataloge, Kunden- und Mitarbeiterzeitungen, Magazine, Grafikdesign, Marketingkampagnen ... Wir sind flexibel, schnell und kreativ, ohne dass Sie auf Ihre gewohnte Qualität verzichten müssen. Nutzen Sie unsere Erfahrung, Professionalität und Kosteneffizienz. Kurz um: Wir MACHEN!

**ddmedia** | Marketing-Dienstleistungen

Eine Marke der Weltbuch Verlag GmbH | Enderstr. 59 | 01277 Dresden  
Telefon: 0351 4794244 | mail@ddmedia.info | www.ddmedia.info

# Terminvorschau

## 19. Juni, Fraueninsel

Bezirk Berchtesgadener Land mit BKU: Frauenwörther Gespräche mit Manfred Weber, MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, „Europa – strategische Perspektiven, Probleme und Herausforderungen“

## 23. Juni, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Besichtigung des Hotels Deutsche Eiche, Münchens besondere Traditionsgaststätte, mit Anekdoten des Wirtes Dietmar Holzapfel

## 23. Juni, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Dr. Udo Steinbach, HUMBOLDT-VIADRINA Universität Berlin, Leitung Governance Center Middle East - North Africa, „Iran – Politik und Wirtschaft eines ehrgeizigen Landes – Welche Zukunft hat die alte Partnerschaft mit Deutschland?“

## 24. Juni, München

Wehrpolitischer Gesprächskreis: Dr. Marcel Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Bayerischer Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben, „Aktuelle Herausforderungen der Außen- und Sicherheitspolitik und Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Bayern“

## 25. Juni, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Besuch der AUDI AG u.a. mit Vorträgen von Axel Strotbek, Mitglied des Vorstands, Finanz und Organisation; Dr. Brian Rampp, Leiter Politik; Thomas Müller, Leiter Entwicklung Brems-, Lenk-, Fahrerassistenzsysteme; Reinhard Otten, Umwelt Produkt; Dr. Henning Löser, Leiter Technologieentwicklung thermisches/mechanisches Fügen, „Zukunftsthemen der Audi AG“

## 29. Juni, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik mit Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft: Prof. Dr. Günter Neubauer, Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomik, „Die Demografie als Herausforderung für unser Gesundheitswesen“

## 30. Juni, München

Bezirk München: Dr. Eberhard Sasse, Präsident der IHK für München und Oberbayern; Dr. Lothar Semper, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für München und Oberbayern; Konstanze Carreras, Leadfunktion BMW Group Berufsbildung; Sascha Skorupa, Geschäftsführender Gesellschafter der Incca GmbH; Nico Singer, Landesvorsitzender Schüler Union Bayern, „Es muss nicht immer Studium sein – Chancen der Beruflichen Ausbildung“

## 1. Juli, Anger-Aufham

Ausschuss für Tourismus: Besichtigung des Hans-Peter Porsche TraumWerks mit Vorträgen von Geschäftsführer Hans-Peter Porsche und Stephan Köhl, Geschäftsführer Berchtesgadener Land Tourismus GmbH

## 2. Juli, Rosenheim

Bezirk Rosenheim: Prof. Dr. Michael Stürmer, Chefkorrespondent „Die Welt“ und „Welt am Sonntag“, ehem. Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, „Russland – schwieriger Nachbar“

## 7. Juli, München

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen: Prof. Dr. Georg Sans SJ, Eugen-Biser-Stiftungslehrstuhl für Religions- und Subjektphilosophie, Hochschule für Philosophie, „Von der Schwierigkeit ein Atheist zu sein“

## 14. Juli, Unterföhring

„2. Alpenblicke“ (Ausschuss Medienpolitik): Ilse Aigner, MdL, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Medienpolitik in Bayern – Chancen und Perspektiven für einen starken Standort“

## 15.-16. Juli, Brüssel

Forum Brüssel: Delegationsreise nach Brüssel

## 16. Juli, Passau

Bezirke Passau, Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke, „Österreich und Bayern – Hand in Hand in der Mitte Europas“

## 20. Juli, München

Bezirk München gemeinsam mit dem Ausschuss für Tourismus: Geraldine Knudson, Leitung München Tourismus der Landeshauptstadt München, „Neue Tourismusstrategie für München – Chancen und Herausforderungen“

## 21. Juli, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach

## 22. Juli, Rothenburg o.d.T.

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und EKD Ratspräsident

## 23. Juli, Schweinfurt

Bezirk Würzburg: Thomas J. Mager, Gründer der TJM Consulting, Geschäftsführer Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar GmbH, „Mobilität in Bayern 2030“

## 27. Juli, Fürth

Bayerischer Wirtschaftstag „Wirtschaft 4.0 – den digitalen Wandel offensiv gestalten!“ mit Ilse Aigner, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, und Prof. Dieter Kempf, Präsident BITKOM, Vorsitzender des Vorstands DATEV eG

## 30. Juli, München

Bezirk München: Besichtigung der Brauerei im Eiswerk mit einem Vortrag von Markus Steinfatt, „Die Zukunft des Bieres“

## 12. August, München

Bezirk München: Sommerlounge

## 13. September, München

Bezirk München: Mittelstandspolitischer Frühschoppen mit Markus Blume, MdL, Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission

## 2.-3. Oktober, St. Engelmar

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen: Klosterwochenende mit Prof. Dr. Erwin Möde, Philosoph, Psychotherapeut, Priester, Universität Eichstätt, „Sich selber Wiederfinden“

## 6. Oktober, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Stephan Kamphues, Sprecher der Geschäftsführung der Open Grid Europe und Präsident der europäischen Fernleitungsnetzbetreiber Entso; Klaus-Dieter Dietmayer, Geschäftsführer der Erdgas Schwaben und der Stadtwerke Augsburg, „Erdgas für Europa, Deutschland und Bayern – Möglichkeiten, Grenzen und Herausforderungen“

## 12. Oktober, München

„3. Alpenblicke“ (Ausschuss Medienpolitik): Joachim Herrmann, MdL, Staatsminister des Inneren, für Bau und Verkehr, „Medien und Sport – Ein perfektes Team für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern“

## 15. Oktober, München

Bezirk München: „TTIP“

## 15.-16. Oktober, Berlin

Bezirk Memmingen/Unterallgäu: voraussichtlich Delegationsreise nach Berlin

## 21.-25. Oktober, Südtirol

Bezirk Passau: Delegationsreise Südtirol

## 26. Oktober, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Junger Wirtschaftstag

## 26. Oktober, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: (Termin verschoben auf 16. November)

## 16. November, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Alexander Dobrindt, MdB, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur

## 17. November, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Kamingespräch mit Stefan Müller, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung

## 23. November, München

Generalversammlung

## 9. Dezember, München

„4. Alpenblicke“ (Ausschuss Medienpolitik): Dorothee Bär, MdB, Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, „Weiße Flecken färben – Ein Update zum Infrastrukturausbau im Freistaat Bayern und in der Bundesrepublik Deutschland“

Weitere Termine  
und Informationen  
finden Sie auf:  
[www.wbu.de](http://www.wbu.de)

